

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Zeile zu 20 Goldpfennige, Einseitig und Reklamen 50 Goldpfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Post, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Konto Nummer 1. Post-Konto Dresden 12 548. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 1.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 26

Sonnabend den 31 Januar 1925

91 Jahrgang

Bekanntmachung gesetzliche Miete ab 1. Februar 1925

Die Miete der Friedensmiete, also auf insgesamt 43 v. H. der Friedensmiete in Reichsmark ausschließlich der sog. Mietzinssteuer erhöht worden. Diese dreiprozentige Erhöhung ist in erster Linie für Instandsetzungsarbeiten bestimmt. Die Mietzinssteuer beträgt wie zuvor 27 Prozent der Friedensmiete. (Bis 5. des laufenden Monats zahlbar.)
Dippoldiswalde, am 30. Januar 1925. Der Stadtrat.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am 27. Januar 1925 fand die 2. Sitzung des vor einem Jahre neugebildeten Beirats der Abteilung für Kriegerversorgung im Wohlfahrts- und Jugendamt der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde statt, der in seiner bisherigen Zusammenfassung auch nach dem Uebergang der öffentlich-rechtlichen Fürsorgeaufgaben auf die Bezirksfürsorgeverbände weiter tätig geblieben ist. Aus dem zum Vortrage gebrachten ausführlichen Geschäftsbericht über das zu Ende gehende Geschäftsjahr dürften die folgenden Zahlen für die Öffentlichkeit von Interesse sein: Die Abteilung für Kriegerversorgung betreut zur Zeit rund 240 Schwerbeschädigte (darunter 20 Schwerleide), 350 Wehrkriegsbeschädigte, 370 Kriegerverwundene, 1010 Halbweifen, 61 Vollweifen, 20 Elternpaare, 117 Elternkinder, 110 Altrentner und 60 Altoeteranen. Außerdem stehen noch 570 Leichtbeschädigte in teilweiser Fürsorge, die auf Grund des Abänderungsgesetzes zum Reichsversorgungsgesetz abgefunden worden sind. Nach eingetretener Stabilisierung der Währung standen der Fürsorgestelle im laufenden Wirtschaftsjahre wieder ausreichende Mittel zur Verfügung, und zwar zusätzlich des Gemeindefonds für die allgemeine Kriegerversorgung 8867 RM, und zur Durchführung der besonderen Kinderfürsorge weitere 4000 RM. Die Renten und Zulagen wurden insgesamt 34 Kriegerverwundenen, 16 im Wehrkriegsbeschädigten (16 im Kinderheim Georgenfeld, 16 im sächsischen Kinderheim Weisk, 2 in der Kinderkolonie Sonnenstein) untergebracht. 30 Lehrlinge erhielten laufende Lehrlingsbeihilfen, in einigen anderen Fällen wurden das Schulgeld und die Fahrtkosten erlassen, 2 bedürftigen Kriegerverwundenen wird durch Gewährung von laufenden Unterhaltungskostenzuschüssen bez. Uebernahme des Schulgeldes der Besuch von Fachschulen ermöglicht. Wie in den Vorjahren werden auch in diesem Jahre an etwa 80 die Schule verlassene Kriegerverwundene, Kinder von Wehrkriegsbeschädigten nach Maßgabe des Bedürfnisses Konfirmationsbeihilfen in Geld gewährt. Die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von 2500 RM sind bereitgestellt. Zufahren erhalten 65 Wehrkriegsbeschädigte mit 110 Kindern, 281 Weifen, 440 Halbweifen, 57 Vollweifen, 95 Elternkinder und 19 Elternpaare. Im Monat Januar 1925 erforderten die Zufahren einen Gesamtaufwand von 22 110 RM. Von der Mühlhölzerei im Herbst zur Kartoffel- und Heilmittelablieferung Vorläufe auf die Zufahren zu erheben, machten insgesamt 73 Empfänger Gebrauch. Der Personalbestand der Fürsorgestelle ist der gleiche geblieben (außer den Vorständen 1 Beamter und 2 Angestellte). Im laufenden Geschäftsjahre wurden bisher 10 Sitzungen mit dem Beiratsausschusse abgehalten.

In einer Vorstandssitzung des Kunstvereins am Freitagabend wurde beschlossen, am Mittwoch den 18. Februar im Schützenhaus einen Kunstabend zu veranstalten und hierzu die bekannten Künstler Kerner und Wirth zu verpflichten. Es dürfte damit dem hiesigen Publikum ein besonderer Kunstgenuss geboten werden. Ein für den gleichen Abend vorgesehener Vortragabend des Gemenvereins wurde von diesem auf Mittwoch, 11. Februar verlegt.

Der bei dem hiesigen Amtsgericht seit 1. 11. 1924 tätig gewesene Referendar Werner Koch ist ab 1. 2. 25 zur Fortsetzung seines Vorbereitungsdienstes am Amtsgericht Chemnitz überwiesen worden.

Ein Zeichen der zunehmenden Festigung der kirchlichen Arbeit ist die Wiederaufnahme bewährter Einrichtungen. So wird dieses Jahr vom 20. bis 24. 4. in Dresden wieder eine akademische Woche für Pfarrer durch das ev.-luth. Landeskonfistorium veranstaltet werden.

Für die Hasen hat die Schonzeit in diesem Jahre schon einen halben Monat früher begonnen, demgemäß dürfen Hasen gleichviel ob in oder außerhalb Sachsens erlegt, schon vom 1. Februar an in Sachsen nicht mehr „feilgehalten“, d. h. in Läden zur Schau gestellt oder in Zeitungsanzeigen angeboten werden usw. Zulässig bleibt aber auch nach dem 1. Februar der Verkauf von außerhalb Sachsens Hasen, wenn der Verkäufer ihren rechtmäßigen Erwerb nach Maßgabe der hierfür geltenden polizeilichen Bestimmungen nachweisen kann. Es ist deshalb anzunehmen, daß außerhalb Sachsens erlegte Hasen auch nach dem 1. Februar in den einschlägigen Geschäften noch vielfach zu kaufen sein werden, auch wenn sie, wie eben erwähnt, nicht mehr „feilgehalten“ werden dürfen.

Schmiedeberg. Am Mittwoch den 21. Januar fand im Hotel „zur Post“ die diesjährige Generalversammlung der Schützen-Gesellschaft statt. Der Vorsitzende, Schützenbruder Max Dreßchneider, eröffnete die zahlreich besuchte Versammlung mit herzlichem Begrüßungswort. Ein besonderer Gruß galt den anwesenden Mitgliedern sowie den Ehrenmitgliedern der Gesellschaft. Die Tagesordnung fand glatte Erledigung. Schützenbruder Max Dreßchneider (1. Vorsitzender) und Schützenbruder Bruno Herrmann (Kassierer) wählte man einstimmig auf weitere zwei Jahre wieder. Ferner beschloß die Gesellschaft, am 21. Februar ein Stiftungsfest mit Tafel abzuhalten. Der Ausschuss wurde beauftragt, das Fest in althergebrachter Weise auszugestalten, um auch im geistlichen Leben den Schützengeist fördern zu helfen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Gründung des Schützenvereins, wobei nach Vertikalisierung durch den 2. Vorsitzenden, Schützenbruder Willy Müller, allseitig das

dringende Bedürfnis eines engen Zusammenschlusses hervorgehoben wurde. Mit großer Freude begrüßte man dieses Vorhaben als einen bedeutenden Schritt zur Pflege und Förderung des Schützenwesens und des engeren Zusammenschlusses der Vereine. Die Versammlung beschloß einstimmig den Beitritt. Am Schluß der Versammlung bat der Vorsitzende, Schützenbruder Max Dreßchneider, ihm auch im kommenden Jahre mit allen Kräften zur Seite zu stehen zum Nutzen und Gedeihen der Gesellschaft.

Freital. Am Dienstag Morgen verunglückte der Bergmann Richard Wolf aus Weißig im Georg-Schacht durch hereinbrechende Gesteine so schwer, daß er seinen Verletzungen im Krankenhaus erlag.

Dresden. Ein erster Autounfall ereignete sich am Freitag nachmittags in der Schillerstraße. Ein Kraftwagen, der einen Handwagen, den ein Knabe zog, plötzlich ausweichen mußte, rante dabei gegen den vor dem Grundstücke Nr. 28 stehenden Mast der Straßenbahnüberleitung, wodurch großer Materialschaden verursacht wurde. Der beschädigte Wagen wurde in die in der Bauhner Straße befindliche Reparaturwerkstätte geschleppt. Von den Insassen erlitt der in Leipzig wohnhafte Kaufmann Günther eine starke Brustquetschung und einen Armbruch, er wurde nach der Diakonissenanstalt gebracht. Der andere Fahrgast, ein Kaufmann Hofmann aus Leipzig, erlitt eine Kopfverletzung, er vermochte die Weiterreise mit der Bahn anzutreten.

Dresden. Einer alten Tradition getreu, endete die fünfte Landwirtschaftliche Woche mit der Hauptversammlung des Sächsischen Landbundes. Der Jirhus Carrasani war bis auf den letzten Pfah gestiegen. Der Anhang zur der Veranstaltung war derart groß, daß im Ballhaus eine Parallelveranstaltung abgehalten werden mußte. Landtagsabgeordneter Dagensteyer, der Vorsitzende des Sächsischen Landbundes, eröffnete zunächst das Wort zu einer Begrüßungsansprache. Er führte dann weiter aus, daß auf den Trümmern des Wirtschaftslebens der neue Staat aufgebaut werden mußte und daß die Landwirtschaft nicht zuletzt bereit sei, ihren Teil dazu beizutragen, daß die Wirtschaftsverhältnisse stabil bleiben. Aber die Steuern, die der Staat heute verlangt, gingen weit über die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft hinaus. Das vergangene Jahr fand im Zeichen des Kampfes und auch im neuen Jahre wird eine harte Arbeit nicht erspart bleiben. Die Landwirtschaft fordert vor allem Sicherstellung ihrer Produktion für das gesamte Volk, eine gesündere Form der Steuererhebung und Steuererhebung, dann aber auch die sparsamste Verwendung der öffentlichen Gelder. Der Redner ging dann auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der deutschen Landwirtschaft im Reichslandbund ein und schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß Deutschland einen Frieden habe, der keiner sei und daß das deutsche Volk zur Sklavenarbeit verurteilt wäre. Das gehämmerte Eisen aber werde zum feuernden Stahl. Dann nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Werche das Wort zu einem Vortrage über „Unsere vaterländischen Aufgaben“. Nach dieser Rede nahm die Versammlung drei Entschlüsse an. Von förmlichem Beifall begrüßt, betrat dann der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalkreuth, das Rednerpult, um über die „Wirtschaftspolitische Lage“ zu sprechen. Er schloß mit den Worten: Der Weltkrieg war kein Krieg gegen den deutschen Militarismus, sondern ein Krieg gegen den deutschen Arbeiter und den deutschen Unternehmer. Darüber muß das deutsche Volk aufgeklärt werden. Wenn aber heute noch Männer in hohen Staatsstellungen von der Schuld der deutschen Kriegsheer sprechen, dann gehören solche Männer entweder vor den Staatsgerichtshof oder aber man darf sie als politische Karren nicht mehr für ernst nehmen. Wenn wir den Frieden erreichen wollen, muß Deutschland stark sein, das lehrt die Geschichte. Deswegen müssen wir uns zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammenschließen und zu gemeinsamer Arbeit, unserer Willen müssen wir darauf konzentrieren, die Freiheit des deutschen Volkes zu erringen. Durch Arbeit an uns selbst und mit diesem Willen werden wir den Boden vorbereiten, den der kommende Führer braucht.

Dresden. Die am Dienstag zum Abschluß gebrachten Verhandlungen des Landtags über Schulfragen sind leider mit außerordentlich scharfer Schärfe geführt worden. Den schädlichen Boden der das ganze Land interessierenden Ausdrücken verließen insbesondere die linkssozialistischen Pädagogen Wedel und Art. Ausführungen des ersten veranlaßten den Kultusminister Dr. Kaiser zu folgender Erwiderung: „Fehler dürfen sich Minister gegenüber derartigen Angriffen der ihrem Ressort angehörenden Beamten in anderer Weise, z. B. dadurch, daß sie das Republikanismus anwandeln oder daß sie Strafantrag stellen oder das Disziplinarverfahren einleiten. Wir haben hier in diesem Hause Beispiele davon erlebt. Wir sind jetzt viel liberaler geworden. Ich denke nicht daran, mit derartigen Mitteln einer vorwärtigen Zeit, die allerdings noch nicht sehr lange hinter uns liegt, zu arbeiten. Ich möchte mich aber einmal auf den Standpunkt stellen, den einmal ein prominentes Mitglied dieses Hauses in einer Verhandlung des Jahres 1923 bei Gelegenheit der Besprechung des Falles Bartholomeus in diesem Hause ein genommen hat. Dieses prominente Mitglied dieses Hauses hat damals gesagt: Mir persönlich aber gibt das Ansehen der Regierung darauf hinzuweisen, ob das Gesetz zum Schutze der Republik nicht vielleicht doch noch notwendig ist. Es gibt eben doch noch Lehrer oder Beamte, die sich heute alles Mögliche zu erlauben wagen, und ich stimme vollständig mit Herrn Kollegen Dr. Weigel überein, ein Beamter muß außerhalb seines Amtes doch noch etwas anders auftreten, als irgend ein anderer, auch dem Feind gegenüber nach dem Benehmen nach und vielleicht auch in der Kritik seiner Vorgesetzten. Das ist eine Instandspflicht, das soll keine gefällige Vorlesung sein, nein, das ist ein Pflicht des Taktes, und diese Pflicht des Taktes hat der Herr Studentent Bartholomeus, wenn er in dieser Weise gegen den Kultusminister aufgetreten ist, verletzt. Das Gesetz zum Schutze der Republik scheint also doch notwendig zu sein. Dieses prominente Mitglied dieses Hauses ist derselbe Abgeordnete Wedel (Schachtes Hört, Hört! Lachen rechts), der mir nicht nur in der Presse Anschlässe und Parteilichkeit vorwirft, der sich gepannt zeigt, ob meine Sessel auch den Dank ernten, wie sie betitelt und

belohnt werden, sondern der es auch für nötig befunden hat, heute eine ganz alte Sache aufzuwärmen, die aber dadurch, daß er sie unvollständig vortragen hat, unwahr ist. Der Abg. Artz stellte sich in der Dienstag-Sitzung als den eigentlichen Präzeptor Szontas hin. Er sprach dem derzeitigen Volksbildungsminister förmlich die Fähigkeit ab, in Schulfragen ein maßgebendes Urteil zu haben und verließ sich schließlich zu der Drohung: Jede Maßnahme des Ministers, zu der die Lehrerschaft — gemeint ist die radikale Lehrerschaft — nicht Ja und Amen sage, würde sich in der Schule tollkühnen. Auf diese überhebliche Kampfanzeige entgegnete Minister Dr. Kaiser sehr richtig: Die Gegner der Denkschrift hätten sich erst einen politischen Standpunkt konstruieren müssen, um die Denkschrift auszuwerten. Er verteidigt nochmals die in der Denkschrift gemachten Vorschläge und verwahrt sich gegen den Vorwurf, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in Rechnung gestellt zu haben. Die Staatschule bestehe nicht nur darin, daß der Staat die Mittel zu ihrer Erhaltung gebe, sondern auch darin, daß der Staat sie fest in der Hand behalte, um mit ihr dem ganzen Volke zu dienen. Es liege die Gefahr vor, daß dem Staate die Staatschule entgleite. Der gute Wille, den die Regierung habe, sollte nicht zur Reaktion, sondern zum Fortschritt führen. Schulfragen seien nicht Fragen, die lediglich von den Lehrern behandelt werden dürften, da sie das ganze Volk angehen. Die Kirche habe keinerlei Herrschaftsgelüste über die Schule. Sie wünsche nur, daß auch die religiösen Interessen in der Schule gewahrt bleiben. Wenn der Abg. Artz mit dem Kampfe der Lehrerschaft gegen die Regierung gedroht habe, so werde die Regierung diesen Kampf, wenn er wirklich entbrennen sollte, aufnehmen. Dann werde es sich darum handeln: Sie Lehrerschaft, die Staat.

Am 2. und 3. Februar wird in Dresden eine Aussprache der Finanzminister der Länder stattfinden, die die Grundlage für eine einheitliche Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reiches in der Steuerfrage für Reich, Länder und Gemeinden schaffen soll. Am 4. Februar findet dann im Reichsfinanzministerium in Berlin eine Konferenz zwischen dem neuen Reichsfinanzminister und den Finanzministern der Länder statt.

Wie wir erfahren, hat die Verkehrspolizeibehörde leider wenig Neigung, der Anregung wegen Einführung neuer Kraftfahrzeugkennzeichen in Dresden zu folgen. Wünschenswert wäre aber doch, eine wesentliche Verbilligung der jetzt bestehenden Lagen für Autodroschkern, wenigstens bei Benutzung des Gebiets durch eine oder zwei Personen am Tage zu erreichen. Bei der statistisch nachgewiesenen großen Benutzung der Autodroschen auf städtischen Geschäftsfahrten durch nur eine Person wäre es dringend erwünscht, wenn der heutige Fahrpreis erheblich herabgesetzt werden könnte.

Finanzminister Dr. Reinhold wird sich heute Sonnabend in Begleitung des Ministerialdirektors Dr. Just und des Ministerialrates Hirsch nach Leipzig begeben, um Verhandlungen mit der Stadtverwaltung zu führen über einen Ausgleich zwischen den Bebauungsinteressen der Stadt und den Kohlenbauinteressen des Staates.

Am gestrigen Freitag trat das Schwurgericht Dresden zur letzten Sitzung in der ersten diesjährigen Logung zusammen. Wie schon erwähnt, richtete sich die Anklage gegen den am 7. Januar 1903 zu Wilsdruff geborenen Volkserziehlichen Fritz Miesch, der sich wegen vollendeten und versuchten Totschlags zu verantworten hatte. Schon als junger Burke verlor er am 4. März 1921 mit einem Holzbildhauerlehrling H. an dem Kaufmann Glaube in Wilsdruff einen überaus freien und schweren Raubüberfall. Sie bedrohten ihn mit Revolver und Totschläger unter Anwendung von Masken und plünderten ihn regelrecht aus. Miesch wurde zu drei Jahren drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Teil der Strafe war Miesch unter Jubilation einer Bewährungsfrist erlassen worden. Gemeindefreudig mit seinem älteren Bruder verlebte dann Miesch in vielen Fällen in Dresden und zahlreichen, zumeist ländlichen Orten Sachsens (auch in unserer Gegend) in der Hauptfache Diebstähle von Fahrrädern und Motorrädern. Am 23. Okt. v. J. erschien Fritz Miesch im Geschäft des Schlossermeisters Eißner in der Nicolaistraße um ein kurz zuvor gestohlenen Fahrrad zum Kaufe anzubieten. Der Schlossermeister erkannte sofort was los war, schloß die Laden tür ab und beauftragte seine Ehefrau, die benachbarte Polizeiwache durch Fernsprecher zu alarmieren. Fritz Miesch zog plötzlich einen Revolver hervor und gab auf Eißner drei Schüsse ab, die selbigen schwer verletzten. Daraufhin zertrümmerte er die Glascheibe der Laden tür und floh. Auf der Flucht verletzte er die Prokuristenehefrau Marie Maase, wurde aber ergriffen und der Polizei übergeben. Der schwerverletzte Schlossermeister verstarb kurze Zeit nach seiner Einlieferung im Krankenhaus. Sein Bruder Rudolf erlosch sich am 23. Dezember in Braunschw. als er festgenommen werden sollte.

Die Schwurgerichts-Verhandlung gegen Miesch fand unter unbeschreiblichem Andrang von Zuschauern statt. Der Angeklagte gab an, sein inwischen durch Selbstmord geendeter Bruder Rudolf hatte in Hamburg Straftaten begangen, er wurde dort aus freibrieflich gesucht. Oft sei er heimlich im Elternhause gewesen und unterstützt worden. Im Mai vergangenen Jahres wurde ein Auszug nach Dippoldiswalde gemacht, jedoch der letzte Zug nach Dresden verpasst. Kurz vorhand habe der Bruder Rudolf in Dippoldiswalde einen Einbruch begangen (in der Fahrrad-Reparatur-Anstalt von Weder) und Räder zur Heimfahrt gestohlen, die dann in Dresden veräußert wurden. In der Folgezeit bei verschiedenen Einbrüchen und Diebstählen als Aufpasser tätig gewesen, ist Angeklagter schließlich mit dem Bruder nach Dresden gezogen, mit dem er dann gemeinsame Straftaten beging. In der Nacht zum 22. Oktober v. J. wurden in Preßchen dort zwei Räder gestohlen, im Neustädter Bahnhof eingefesselt und dann versucht zu verkaufen. So sei er auch in das Eisenwerk gekommen, wo Angeklagter eingeschlossen wurde und der Polizei übergeben werden sollte. Miesch schilderte aber gegend, wie er dann die Waffe gegen Eißner gerichtet, aber nicht an eine Tötung gedacht haben will. Der Angeklagte wurde wegen vollendeten und versuchten Totschlags zu insgesamt zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, auch gibt er sechs Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig.